

Tag der Elektronischen Medien (HURIN)

Hotel „4 Cvijeta“; Opatja, 13, - 15. Dezember 2012

Einleitung

Die diesjährige Jubiläumstagung unserer Partnerorganisation HURIN also die „5. Tage der Elektronischen Medien“ wurde - wegen des überraschenden Todes des HURIN Vorsitzenden- kurzfristig auf den 13. bis zum 15. Dezember 2012 in das Hotel „4 Cvijeta“ in Opatija verlegt.

Gemeinsam mit lokalen Kooperationspartnern wie: AEM-VEM, HAKOM, NUT, AZTN, DUZS, OIV, HDS-ZAMP sowie weiteren Vertretern lokaler und nationaler elektronischer Medien aus Kroatien; Repräsentanten des Parlamentarischen Ausschusses für Information, des Ministeriums für Kultur, und nicht zuletzt der Konrad Adenauer Stiftung konnten als Gäste wiederum Vertreter von ähnlichen Verbänden und Organisationen aus den Nachbarländern (Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Slowenien, Serbien) und Vertreter der studentischen Radiosender aus Dubrovnik, Osijek, Rijeka und Zagreb, begrüßt werden.

Die Medienstrategie Kroatiens

Am ersten Tag wurde die neu ausgearbeitete Medienstrategie der Republik Kroatien vorgestellt und gemeinsam mit Vertretern des Ministeriums für Kultur, der wichtigsten Sender auf dem Markt der elektronischen Medien, wissenschaftlichen Instituten und weiteren interessierten Teilnehmern diskutiert.

Die Diskussionen ergaben die Notwendigkeit, nach einer gründlichen und umfassenden öffentlichen Diskussion Änderun-

gen der folgenden gesetzlichen Regelungen ins Auge zu fassen.

- Gesetz über elektronische Medien
- Gesetz über Post und elektronische Publikationen
- Medienrecht
- Konzessionsrecht
- Informationsfreiheitsgesetz
- Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte
- Mehrwertsteuergesetz

Die tägliche Arbeit der elektronischen Medien in der Republik Kroatien ist bestimmt, konzentriert sich, aber nur in gewisser Weise und begrenzt in bestimmten Segmenten, hauptsächlich auf diese Gruppe von Gesetzen.

Konzessionsgebühren, Rechte und Pflichten der Sender

Im zweiten Teil der Diskussion dieses Themas ging es dann um die Konzessionsgebühren sowie die finanziellen Verpflichtungen bzw. rechtliche Beschränkungen der Sender. Es wurde moniert, dass die zahlreichen finanziellen Verpflichtungen der Radio- und TV – Sender in Form von Konzessionsgebühren, Nutzungsentgelte für Frequenzen und Urheberrechte zunehmen und die rechtlichen Beinschränkungen immer größer würden. So zählen heute die oft notwendigen Privatfahrten (Kraftstoffverbrauch) nicht mehr zu den abrechenbaren Kosten. Entsprechend kontrovers diskutierte man den Vorschlag einer neuen Gebührenordnung seitens des VEM.

Fonds zur Förderung von Pluralismus und Vielfalt

Zum Beginn des zweiten Tages wurde über Fonds zur Förderung von Pluralismus und Vielfalt in den elektronischen Medien diskutiert. Der Rat der elektronischen Medien stellte die Resultate zweier diesjährigen Ausschreibungen vor, dessen spezifische Art und Weise der Herstellung beziehungsweise durch Vorlagen von Plänen die erhaltenen Fördermittel rechtfertigen. Wie die Ausschreibungen ihm Jahr 2013 aussehen sollen und welche Veränderungen im Neuen Jahr zu erwarten sein werden, waren Themen, die ebenfalls behandelt wurden.

Hurin und NUT befürworteten in diesem Zusammenhang folgende Änderungen einzelner gesetzlicher Bestimmungen:

Nachdem die kroatische Regierung auf Vorschlag des Kulturministeriums Änderungen der ZEM angenommen und zwei neue Fonds für die Förderung des Pluralismus und Vielfalt der elektronischen Medien eingeführt, den Vermögenswert dieses Fonds gleichzeitig jedoch nicht erhöht hat muss bemängelt werden, dass die öffentliche Diskussion darüber sehr begrenzt war und sich hauptsächlich auf die Vertreter des sog. dritten Mediensektor beschränkten. Der sog. dritte Mediensektor besteht demnach aus unprofitablen Radio- und Fernsehsendern (die nun Nutznießer des Fonds sind), aus unprofitablen Internetportalen und Produzenten von unprofitablen audiovisuellen und / oder Radioprogrammen.

Húrin und NUT haben sich gegen den Vorschlag des Kulturministeriums mit der folgenden Erklärung gewandt:

1) Mit dem vorgeschlagenen Änderungen und Ausführungen der ZEM werden die Radio- und TV-Stationen bei der Beantragung der Mittel des Fonds in Bezug auf die unprofitablen Internetportale und unprofitable Produzenten von audiovisuellen und / oder der Radioprogrammen benachteiligt.

Für Radio- und TV-Sender gibt es zahlreiche Einschränkungen, beginnend mit begrenzten Frequenzbereichen bis hin zu der Verpflichtung zur Beschäftigung einer Reihe neuer Mitarbeiter. Radio- und Fernsehsender werden verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz an lokaler Musik, sowie lokaler Nachrichten und Informationen aus seinem Konzessionsgebiet zu senden. Vor Ausstrahlung müssen sie vertragsgemäß ihre Verhältnisse mit HDS ZAMP abstimmen. Derartige Einschränkungen gibt es mit Blick auf die Fondsmittel für die beiden neuen Mitglieder dagegen nicht. Aus diesem Grunde stellt sich nicht nur die Frage, wer die Inhalte kontrollieren wird, wenn es mehrere hunderte Sender wären, sondern auch die, ob die Marginalisierung von Radio- und TV-Sendern als Nutznießer dieses Fonds nicht zum Ausscheiden zahlreicher Radio- und TV-Stationen führen wird.

2.) Daneben verletzen die vorgeschlagenen Änderungen und Ausführungsbestimmungen des ZEM das Gesetz über die Vorschriften zur Leistungsschätzung (Amtsblatt 90/11), insbesondere den Artikel 3 Absatz 1 Satz 6 dieses Gesetzes, im welchen die Verpflichtungen zur Beurteilung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Regulierung niedergelegt sind. Diese Beurteilung des Wirtschaftsbereiches der elektronischen Medien gebe es für die Änderungsbestimmungen von ZEM nicht.

3.) Infolge des Gesagten sollten bestimmte Änderungen von ZEM mit einer viel größeren Anzahl von Teilnehmern öffentlich diskutiert werden. Erst die Ergebnisse dieser öffentlichen Diskussionen sollten solch umfangreiche Änderungen des ZEMs initiieren.

4.) Man müsse beachten, dass noch völlig unklar sei, was die geplanten Änderungen gesetzlicher Regelungen in Bezug auf den Artikel 10, mit Blick auf den EU Beitritt Kroatiens bedeuten.

Digitalisierung des Radios

Das Thema digitales Radio wurde auf zwei Ebenen diskutiert. Auf der eher technischen Ebene wurde die Digitalisierung des Radios vor allem unter dem Aspekt der Inhalte diskutiert. HAKOM hatte schon im Jahre 2009 damit begonnen ein „Forum für digitales Radio“ einzurichten. In diesem wurden frühzeitig Arbeitsgruppen für technische Fragen, Inhalte und gesetzliche Regelungen im Bereich: Digitales Radios eingesetzt und über Frequenzressourcen, Vorteil einzelner Standards, Erreichbarkeit des Empfängers und die Situation in der EU, Vorteile und Nachteile des digitalen Radios und weitere Methoden der Forderung diskutiert. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen präsentierten ihre zukünftig geplanten Aktivitäten und erörterten Wege, wie letztlich der Betrieb des digitalen Radios aussehen könnte. Es wurde darauf verwiesen, dass HURIN seit mehr als zehn Jahren im Rahmen einer sehr erfolgreichen Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Weiterbildungsmaßnahmen anbietet bzw. durchführt. Mit Hilfe von Seminaren, bei denen Referenten aus Europa ihre Erfahrungen aus dem Fachgebiet vermitteln und auf diese Weise zur sachlichen Diskussion und zu einem regen Erfahrungsaustausch mit den Praktikern aus Kroatien beitragen.

Mit Blick auf die „digitale Dividende“ wurde festgestellt dass die analogen Frequenzen, die einmal von Fernsehstationen benutzt wurden, mit deren Übergang auf digitales Senden dem Staat zurückgegeben werden müssen. Dieser haben den TV-Sendern Konzessionen für Frequenzen vergeben und sich damit in den nächsten Jahren Einnahmen in Höhe von zirka 1 Mrd. Euro gesichert, d.h.. 300 Millionen vorab und 16 Mio. Euro pro Jahr von jedem Betreiber + 0,5% der jährlichen Einnahmen pro Betreiber. Ähnlich wären auch andere Staaten verfahren, allerdings mit dem gewichtigen Unterschied, dass Kroatien korrigieren muss, um das Verschwinden von lokalen und regionalen Fernsehsendern zu verhindern.

Den Übergang auf digitales Senden hatten nämlich nicht die TV-Stationen gesucht, sondern der Staat und zwar mit dem Ziel einer besseren Nutzung des Frequenzspektrums und der Realisierung eines höheren Umsatzes durch neue schnelle wachsende Dienste. Kroatien hat diesen Übergangsprozess in Rekordzeit bewältigt. Die Folgen dieses Übergangsprozesses sind - außer für die lokalen TV-Stationen - sonst für alle positiv.

Der Staat nehme ca. 1 Mrd. Kuna ein; die Zuschauer hätten ein besseres Übertragungsbild und eine größere Programmauswahl, die Inserenten wegen des erhöhten Wettbewerbs der zahlreicheren Stationen geringere Kosten für die Werbung, das nationale Fernsehen eine Reduzierung der jährlichen Kosten durch die Digitalisierung pro Programm von ca. 27 Mio. Kuna, auf 7 Mio. Kuna.

Lokale analoge TV-Stationen, die bis dahin ihre eigenen Sender besaßen, sind nach dem Übergang auf den digitalen Rundfunk mit Kosten in Höhe von 10% der gesamten jährlichen Einnahmen in Höhe von etwa 7,5 Mio. Kuna pro Jahr konfrontiert, weil das ausschließliche Recht der Vermarktung jetzt bei der Firma Odišiljači i veze (OIV) liegt, die sich zu 100% in Staatsbesitz befindet. Die Folge davon ist, dass die lokalen TV-Stationen der OIV einige Mio. Kuna schulden, ohne sicher zu sein, diese jemals begleichen zu können.

Dieses Problem ist aus fast allen EU-Ländern bekannt, die ebenfalls den Übergang zum digitalen Rundfunk vollzogen haben. Aus diesem Grunde hat die Regierung einen Weg gesucht, diesen Schaden zu kompensieren und auf diese Weise die weitere Arbeit der lokalen TV-Stationen, zu sichern. In der unmittelbaren Nachbarregion existieren zwei unterschiedliche Modelle staatlicher Intervention. In Italien, wo lokale TV-Sender digitale Sender besitzen können, hat die Regierung ein Gesetz verabschiedet, dass den lokalen TV-Stationen 10% der realisierten „digitalen Dividende“ zurückerstattet. In Italien sind das etwa 240 Millionen Euro,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

Dezember 2012

www.kas.de

die die Lokalen TV-Stationen zurückerhalten haben.

In Slowenien ist der Staat mit dem gleichen Problem konfrontiert. Vor ein paar Monaten wurde auch dort ein Gesetz verabschiedet, dass den lokalen TV-Stationen, die öffentliche Funktionen wahrnehmen, die Gebühren erlassen hat. Wahrscheinlich wird der Staat die Kosten für das Nationale Fernsehen durch die digitalen Dividenden kompensieren. NUT setzt sich für dieses slowenische Modell ein und propagiert, dass man dringend zu ähnlichen Lösungskonzepten kommt, bevor man mit der Schließung weiterer lokaler TV-Stationen konfrontiert wird.

HURIN verwies zum Abschluss der Veranstaltung noch auch auf seine erfolgreiche Zusammenarbeit mit DUZS während der letzten vier Jahre und die mit der Verbreitung der Notrufnummer 112 begonnen wurde und inzwischen zur einer umfassenden Zusammenarbeit in Krisensituationen mit DUZS gediehen ist.

Außerdem konnten HURIN und HDS ZAMP eine zehnjährige Vereinbarung über die Rechte und Pflichten beim Abspielen von Musik in Radiosendungen unterschreiben. Diese Vereinbarung musste nun wegen der inzwischen neu formierten Vereinigung der Radiosender aktualisiert werden. Wegen des bisher nicht geregelten Abspielens von Musik erklärten Vertreter des HDS ZAMP den Betreibern, wie sie eventuelle Missverständnisse durch die Unterzeichnung einer Annex-Vereinbarung vermeiden können.